

Miteinander in Ansbach

Initiator*innen: Erwin Gleiß & Michael Hinze (Ansbach KV)

Titel: Bauen und Wohnen

Text

1 Wohnungen sind auch in Ansbach knapp. Kleine, mit den öffentlichen Nahverkehr gut
2 angebundene oder zentral gelegene Wohnungen, sowohl für junge Leute als auch für
3 Senior*innen sind Mangelware geworden. Größere Wohnungen für Familien werden
4 immer weniger bezahlbar, denn die Knappheit an Wohnraum sowie dessen
5 Privatisierung bringt einen erheblichen Preisanstieg mit sich. Kleine Betriebe
6 und Kulturschaffende können sich die Kosten für ihre Arbeitsräume nur noch
7 schwer leisten. Geeigneter und bezahlbarer Wohnraum in innerstädtischen Bereich
8 ist kaum noch vorhanden und führt zu Verdrängung.

9 Der Umfang von Neubau und Leerstand, die Mietentwicklung, die Aufwertung von
10 Wohnvierteln, die Verkehrsanbindung die Nutzung öffentlicher Flächen, all das
11 ist nach wie vor von der Kommunalpolitik beeinflussbar. Wir GRÜNEN setzen uns
12 deswegen für die Entwicklung einer städtischen, urbanen und sozialen
13 Wohnungspolitik in Ansbach ein.

14 Als Grundlage für eine soziale zielgerichtete Wohnungspolitik ist es notwendig
15 eine Arbeitsgemeinschaft für Wohnungsbaupolitik zu gründen. In dieser AG sollten
16 u. a. Vertreter der Kommune, Wohnungsbaugenossenschaften und
17 Wohnungsbaugesellschaften, Haus- und Grundbesitzervereine und regionale Bau- und
18 Immobilienunternehmen vertreten sein. Sowie kirchliche und caritative
19 Organisationen bzw. Vereine vertreten sein.

20 Um eine zielgerichtete Bedarfsplanung für den Wohnungsbau zu ermöglichen, bedarf
21 es der Einführung eines Wohnungs- und Leerstandskataster.

22 Wie setzen uns für einen Grundsatzbeschluss ein, in dem Baupolitische

Grundsätze festgeschrieben werden. Darin sind Natur- Landschafts- und Klimaschutz zu berücksichtigen. Um den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten, muss vorhandener Raum genutzt werden, indem man Gebäudeaufstockungen und Geschosswohnungsbau den Vorrang gibt. Die Flächennutzungspläne müssen auf Grundlage des Integrierten-Stadt-Entwicklungs-Konzept (ISEK) angepasst und fortgeschrieben werden.

Wir setzen uns für offene, bürgerorientierte, demokratische Bauleitplanverfahren ein, dazu wollen wir, dass beim ersten Planentwurf, mehrere Alternativen zur Debatte gestellt werden. Alle Pläne sollen auch für Laien verständlich sein. Wir wollen, dass künftig Gestaltungspläne Bestandteil der Bauleitplanverfahren werden.

Es bedarf zunehmend an geeigneten und bezahlbaren Wohnraum, für Familien, Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderte, junge und ältere Menschen. Bauherren sollen aus diesem Grund bei der Schaffung von Sozialwohnungen unterstützt und gefördert werden.

Um die Bedürfnisse der Generationen abzudecken, bedarf es einer Mischung unterschiedlicher Wohnungsgrößen in Mehrfamilienhäusern. Hierbei sollten soziale Komponenten Berücksichtigung finden, wie zum Beispiel Barrierefreiheit, Sozialräume zur nachbarschaftlichen Begegnung, Spielflächen u.a. Dabei können neue Formen des gemeinschaftsorientierten Wohnens, wie zum Beispiel generationsübergreifendes Wohnen, Wohngemeinschaften Alleinlebender, Genossenschaftliche Wohnformen und neue Angebote für Familien entstehen.

Bei Neubauten in der Stadt Ansbach muss zukünftig darauf geachtet werden, dass Platz und ein einfacher Zugang zum klimafreudlichen Verkehrsmittel Fahrrad, aber auch zu Kinderwagen möglich ist. Deshalb fordern wir - je nach Wohnungsgröße - pro Wohnung zwei wettergeschützte Stellplätze für Fahrräder die eine wirksame Diebstahlsicherung ermöglichen. Die Stellplatzsatzung schliesst zukünftig Fahrräder ein und wird dementsprechend reformiert.

Um den Neubau und Erwerb von städtischen Wohnungen durch die neu gegründete städtische Wohnungsbaugesellschaft STADTBAU voran zu treiben muss diese zeitnah ausreichend finanziell ausgestattet werden.

Wir GRÜNEN setzen uns für eine nachhaltige Verbesserung der Ansbacher Quartiere ein, dafür setzen wir künftig auf die "Konzeptvergabe von Baugrundstücken" auch als Tübinger Modell bekannt.

Durch den Besitz von städtischen Wohnungen kann z. B. verhindert werden, dass

59 Menschen, die in eine Notlage geraten sind und obdachlos wurden, auf der Straße
60 leben müssen.

61 Wir GRÜNE setzen uns für eine soziale Wohnungspolitik ein, die sowohl im Bauen,
62 als auch im Umgang mit Freiflächen ökologisch zukunftsweisend ist. Dazu gehört
63 auch die Berücksichtigung von Ladestationen für alle Arten von Elektrofahrzeugen

64 Parkplatzsituation in Wohnbereichen. Autos müssen nicht unbedingt vor den
65 einzelnen Wohnhäusern parken. Tiefgaragen und kleine Parkhäuser, die zwar
66 Baukosten erhöhen minimieren den Flächenverbrauch und können für Grün Freiraum
67 schaffen.

68 Wir setzen uns dafür ein, dass in die Bauleitplanung Dach- und
69 Fassadenbegrünung, Ladestationen für E-Mobilität Eingang finden.